Schönburger Tageblatt

und

Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1,80 RMk. frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6gesp. Petitzeile 15 R.-Pfg., 3gesp. Reklamezeile 45 R.-Pfg., Hinweise auf Anzeigen und Eingesandte 10 R.-Pfg., Nachweisegebühr und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag. Gegründet 1872. Fernsprecher Nr. 9. Postschließfach Nr. 8. Postscheckkonto Amt Leipzig Nr. 4486. Bankkonto: Vereinsbank zu Leipzig, Filiale Waldenburg. Stadtgirokonto Waldenburg 98. Anzeigen gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Beitreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachlaß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichen zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Käftner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (E. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahlerz, in Ziegelheim bei Frl. Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unserer Lieferer, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkenburg und Ziegelheim.

Nr. 171 — Sonnabend, den 25. Juli 1931 — 54. Jahrgang.

Die Londoner Konferenz mit schönen Worten beendet.

Amtlicher Teil.

Straßensperrung.

Infolge umfangreicher Beschotterungsarbeiten an der Durchgangsstraße **Limbach—Waldenburg** in der bebauten Ortsflur Langenchursdorf wird diese Straße vom Gasthaus „Zur Wolfsschlucht" abwärts 500 Meter etwa 14 Tage lang ab **27. Juli 1931** für jeden Verkehr **gesperrt.** Der Durchgangsverkehr wird auf die Staatsstraße Limbach—Waldenburg verwiesen. Der Ortsverkehr muß über die Reichenbacher Straße, Staatsstraße, Uhlsdorfer Straße, umgeleitet werden.

Der Gemeinderat.

Der Ausgang der Londoner Konferenz hat weitere Hilfsaktionen in der nächsten Zukunft ermöglicht.

Die Reichsregierung hat Selbsthilfepläne in Vorbereitung, die außer einer Aenderung der Scheckgesetzgebung starke Einschränkungen im Reichshaushalt vorsehen.

Die Reichstagseinberufung wurde wiederum abgelehnt.

Stimson trifft morgen und die englischen Minister treffen am Montag in Berlin ein.

Die Mitglieder des Bankier-Ausschusses in Berlin sollen von der deutschen Regierung ernannt werden.

Die Kommunisten rufen zum Volksentscheid in Preußen auf.

Der Aufstieg des Luftschiffes „Graf Zeppelin" fand heute Vormittag statt.

Die ungarische Nationalbank hat den Diskontsatz von 7 auf 9 Prozent erhöht.

Im Buckingham-Palast fand gestern eine Garten-Teegesellschaft statt, an der 10,000 Personen teilnahmen.

Die Bank von England hat den Diskontsatz von 2,5 auf 3,5 Prozent erhöht.

Der Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich geht seinem Ende entgegen.

In Sevilla ist der Kriegszustand verhängt worden.

Washington ist zufrieden mit dem Ausgang der Londoner Konferenz.

Waldenburg, 24. Juli 1931.

Selbst wenn man nicht allzu große Hoffnungen auf die Londoner Konferenz gesetzt hat, so wird man doch von dem Ergebnis, das lediglich eine kümmerliche Zwischenlösung darstellt, enttäuscht sein. Erzielt wurde zunächst einmal ein Stillhalte-Konsortium, d. h. eine Verpflichtung der internationalen Bankwelt, Kredite aus Deutschland nicht mehr herauszuziehen. Außerdem wurde der bisher gewährte kurzfristige Rediskontkredit um weitere drei Monate verlängert. Wenn man nun bedenkt, daß zunächst Ziffern von 2 bzw. 4 Milliarden RM genannt worden waren, die zur Wiederherstellung einer normalen Wirtschaftslage in Deutschland benötigt werden, daß dann nachher als Mindestsumme von 1,5 Milliarden RM die Rede war, so muß man sagen, daß den noch geringeren Erfolg lediglich die Rückhaltung der französischen Delegation bewirkt hat, die eine Entspannung des politischen Verhältnisses als noch nicht genügend betrachtet. Man glaubt immer noch in Paris, die positive Regelung der Finanzfrage von politischen Momenten abhängig machen zu müssen. London bringt also, wie gesagt, nur eine Zwischenlösung. Nichts lag näher, als nun die Anregung zu geben, daß hervorragende Sachverständige der Weltwirtschaft nun einmal in Deutschland selbst die deutschen Wirtschaft den Puls fühlen, um objektiv festzustellen, ob diese Zwischenlösung von London ausreicht. Sie reicht für das auf der Londoner Konferenz gesteckte Ziel, die Wiedergewinnung und Sicherung der finanziellen Stabilität in Deutschland, von der das Schicksal nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Gesamtwirtschaft abhängig ist und die heute bereits auch ihre Wirkungen über Europa hinaus spürbar macht. Wir werden in den nächsten Wochen hervorragende Weltwirtschaftler in Deutschland sehen, und ihr Urteil, ihr Gutachten wird die Grundlage für die Entscheidungen bilden, zu denen man heute noch nicht den Mut gefunden hat. Alles in allem ein Ergebnis, das der Hoffnung auf eine Wiedergesundung nicht den Atem nimmt. Ein Ergebnis, das die Regelung die kommen muß, weil sonst mit Deutschland Europa verblutet, vorbereitet. So gesehen ist London zum entscheidenden Faktor für die nächste Zukunft Deutschlands und Europas geworden. Diese Konferenz bietet die Brücke zu einer neuen Zeit des Wiederaufbaues.

Die deutsche Finanznot ist noch immer das Lieblingsthema der polnischen Presse, das mit viel Schadenfreude behandelt wird. So stellte eines der offiziösen Blätter fest: „Der stabile Zloty wurde von der dahinschwindenden Mark mit dem segenspendenden Stacheldraht des Zollkrieges abgegrenzt." Diese Feststellung läßt der rechten Opposition keine Ruhe. Sie ist empört, daß die Regierungspresse den Zollkrieg, den doch die Pilsudski-Regierung bei ihrem Antritt als Erbe des nationaldemokratischen Regimes vorgefunden hätte, als ihr eigenes Verdienst sich anrechnen wolle. Also jetzt weiß es die deutsche Oeffentlichkeit: Nicht Deutschland hat den Zollkrieg begonnen, wie bisher die polnische Presse stets behauptete, sondern die Polen taten es selbst, um den Zloty von der Mark unabhängig zu machen.

Das Völkerbundssekretariat hat das französische Memorandum veröffentlicht, das zur Abrüstungsfrage grundsätzlich Stellung nimmt, und wenn wohl auch niemand von dieser Kundgebung eine Erleichterung des Abrüstungsproblems erwartet hatte, so darf man doch wohl ohne Uebertreibung sagen, daß die französische Stellungnahme für alle ehrlichen Verfechter der Erkenntnis, daß allein der Weg der allgemeinen Rüstungsbeschränkung zur Sicherung des Friedens und zur Gesundung Europas führen kann, eine bittere Enttäuschung bedeutet. Eine so brutale Offenbarung des französischen Willens, nicht nur nicht abzurüsten, sondern grundsätzlich jede Verpflichtung, ja jede Bereitschaft dazu direkt zu verneinen, hatte man denn doch nicht vorausgesehen, sondern eine Verlautbarung erwartet, die gewiß verklausuliert und vorsichtig, aber unter Berücksichtigung der internationalen Stimmung doch wenigstens grundsätzlich die französische Bereitschaft zur Mitarbeit an der Erörterung der Abrüstungsmöglichkeiten ausgedrückt und es der Zukunft überlassen hätte, den französischen Standpunkt zu wahren. So wie dieses Memorandum sich darstellt, ist es geeignet, einen brutalen Strich durch die bescheidenen Hoffnungen zu machen, mit denen die Freunde der Abrüstung, mit denen insbesondere Deutschland auf die Vorbereitungen für die Genfer Konferenz blickte. Frankreich macht in diesem Dokument jede Verminderung seiner eigenen Rüstung abhängig von der völligen Wehrlosigkeit der bereits abgerüsteten Völker. Und da man mit positiven Gründen nicht durchkommt, greift man getrost immer wieder auf die von aller Welt zum Ueberdruß gehörte Behauptung von dem gefährlichken deutschen Nachbarn zurück und erstickt in Phrasen und Unwahrhaftigkeiten alles das, was ein solches Memorandum eigentlich an positiven Angaben über Rüstungsstand, Rüstungsausgaben, Ansätze zur Verminderung dieser Posten und dergleichen praktisch zur Vorbereitung der Genfer Konferenz verwertbarem Material enthalten sollte. Das Völkerbundssekretariat kann mit der französischen Denkschrift für diese Zwecke wenig anfangen. Die europäische Politik aber sollte sie sehr genau zur Kenntnis nehmen und die Erwartungen, mit denen sie der Genfer internationalen Abrüstungskonferenz entgegensieht, danach abstimmen.

Schon die erste Bekanntgabe über die Absicht der Regierung, Auslandsreisen mit einer besonderen Gebühr zu belegen, hat in allen Kreisen der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen. Fällt doch diese Maßnahme mitten in die in diesen Zeiten ohnehin mit kärglichen Freuden gesegnete Urlaubszeit. Aber man hatte gehofft, daß wenigstens die typischsten Reisegebiete des deutschen Mittelstandes durch entsprechende Ausnahmebestimmungen geschont werden, wobei besonders an Oesterreich zu denken ist. Nichts davon. Abgesehen von dem Wirrwarr, daß keine Amtsstelle weiß, wer nun eigentlich zuständig ist, wird nun auch noch bekannt, daß Hoffnungen auf nachträgliche Milderungen meist trügerisch sind, da die geringfügigen Erleichterungen den Bedürfnissen der Wirtschaft aber auch in keiner Form entsprechen. Und warum? Man begründet die 100-RM-Gebühr damit, daß eine Sicherungsmauer gegen die Kapitalflucht errichtet werden mußte. Wenn man die Grenze nach Oesterreich öffne, so sei damit ein Loch in diese Sicherungsmauer geschlagen. Wer will glauben, daß wirkliche Kapitalflüchtige sich durch 100-RM-Gebühren schrecken ließen? Aus Wien kommt auch schon das entsprechende Echo. Der Landeshauptmann von Tirol ist bereits nach Wien abgereist, um bei der Wiener Regierung eine entsprechende Protestaktion einzuleiten. Auch aus der Schweiz werden gleiche Schritte angekündigt. Man muß wünschen, daß an verantwortlicher Stelle sehr rasch die Einsicht durchdringt, daß das Recht der Regierung, diese Verordnung vorzeitig aufzuheben, geradezu eine Pflicht geworden ist.

Brüning über das Ergebnis.

„Eine Zwischenlösung, aber Vorbereitung für Dauerlösung."

London, 24. Juli.

Bei der Beurteilung der vom Foreign Office ausgegebenen amtlichen Mitteilung legte Reichskanzler Dr. Brüning zunächst einmal Wert auf den ersten Paragraphen dieses Schriftstückes. Er betonte, hiermit habe die Konferenz ausdrücklich anerkannt, daß die Kapitalzurückziehungen aus Deutschland in erster Linie auf das Ausland zurückzuführen seien und daß Deutschlands Staatshaushalt und Wirtschaft in Ordnung gebracht wären, nachdem der Hooverplan dieses möglich gemacht habe.

Die Zwischenlösung.

Die Londoner Konferenz habe nur eine Zwischenlösung gebracht. Er habe eigentlich auch von vornherein nichts anderes erwartet, nachdem man sich über die Schwierigkeiten, die der Aufnahme einer internationalen langfristigen Anleihe entgegenstehen, klar geworden sei. Finanziell sei sie nicht zu erzielen gewesen.

Die Verfassung Amerikas erlaube eine Garantie seitens der Regierung nicht. Der Londoner Kapitalmarkt befände sich zurzeit nicht in der gewünschten Verfassung. Auch bereite ein Einvernehmen zwischen Amerika und England einerseits und Frankreich andererseits Schwierigkeiten. Die deutschen Bemühungen hätten sich daher von vornherein eigentlich lediglich auf die Verlängerung des 100-Millionen-Dollar-Rediskontkredites und das Anhalten der ausländischen Kreditzurückziehungen beschränkt. Brüning wies hierbei besonders auf den Einfluß hin, den die amerikanische Stellungnahme auf die günstige Lösung dieser beiden Fragen ausgeübt habe.

Der Eindruck der deutschen Industriegarantie.

Die Konferenz sei besonders stark von der deutschen Industriegarantie beeindruckt gewesen, und anscheinend böte diese die geeigneten Unterlagen für eine zukünftige Kreditaktion, die dann nicht unmittelbar an das Reich, sondern wahrscheinlich über den Weg der Golddiskontbank nach Deutschland fließen würde. Der Kanzler brachte zum Ausdruck, daß die Vorschläge, die der Reichsbankpräsident Luther auf seiner Rundreise vor etwa 14 Tagen vorgetragen habe, im allgemeinen nicht den Beifall der Konferenz gefunden hätten. Sie seien wohl auch etwas schnell entworfen und daher pressemäßig nicht genügend vorbereitet gewesen.

Berufung von Bankiers nach Berlin.

Die Ergebnisse der Konferenz bedeuteten daher nichts weiter als Zweckmaßnahmen, aber es müsse an den Zielen festgehalten werden, daß der Gesamtumfang des deutschen Kredits im Auslande zu vermehren sei. Die Konferenz habe, wie er hoffe, den Grundstein für eine Aktion von Dauer gelegt. Brüning ging dann auf die Einladung über, einige ausländische Bankiers nach Deutschland zu berufen. Er habe bereits in der vergangenen Woche mit Mr. Sprague in dieser Angelegenheit Rücksprache genommen. Dabei habe sich herausgestellt, daß die komplizierte Lage in Deutschland von nur sehr wenig Menschen im Auslande verstanden würde, besonders, nachdem durch das ausgedehnte System der kurzfristigen Kredite die Lage in Deutschland sehr unübersichtlich geworden sei.

Die Mitglieder dieses Bankierausschusses würden von der deutschen Regierung ernannt. Es stehe noch nicht endgültig fest, welche Herren hierzu herangezogen würden.

Der Kanzler dankt . . .

Der Reichskanzler sagte dann, daß zwischen diesem, von der deutschen Regierung zu ernennenden Ausschuß und dem von der BIZ zu ernennenden ein Unterschied bestehe. Es seien zwei durchaus voneinander getrennte Ausschüsse, wobei es allerdings möglich sei, daß eine Person sowohl dem einen wie dem anderen Ausschuß angehöre. Er nannte

SLUB Wir führen Wissen. MUSEUM Naturalienkabinett WALDENBURG